

**Digitalfunk für Feuerwehr und Rettungsdienst
Antrag der Stadtratsfraktion der SPD vom 16.12.2009**

- I. Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich am 27.11.2009 die kommunalen Spitzenverbände und die Bayerische Staatsregierung über die Finanzierung des Digitalfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) geeinigt.

Die wesentlichen Eckpunkte dieser Einigung sind:

1. Die kreisfreien Städte und Landkreise beteiligen sich voraussichtlich ab 2013 jährlich mit insgesamt 3,0 Mio. € an den Betriebskosten des Digitalfunks. Dieser Betrag wird bis zum Jahr 2024 nicht erhöht.
2. Der Freistaat Bayern fördert nicht nur die Erstausrüstung der kommunalen Funkendgeräte, sondern auch deren Ersatzbeschaffungen bis 2024 mit 80 % der Kosten.

Die Einigung über die Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung des Digitalfunks hat für die Stadt Nürnberg folgende finanzielle Konsequenzen:

Betriebskosten:

Der kommunale Anteil an den Betriebskosten in Höhe von 3,0 Mio. € wird einwohnerabhängig auf die 96 Landkreise und kreisfreien Städte verteilt.

Demnach müsste sich die Stadt Nürnberg ab dem Jahr 2013 jährlich mit ca. 120.000,- € an den Betriebskosten (bei ca. 12,5 Mio. Einwohnern in Bayern und ca. 500.000 Einwohnern in Nürnberg) beteiligen.

Dies stellt für die Stadt Nürnberg eine erhebliche finanzielle Verschlechterung dar, da derzeit jährlich nur ca. 5.000,- € für die Betriebskosten des analogen Funks aufgewendet werden müssen. Ähnlich sieht die Situation bei den anderen Berufsfeuerwehren in Bayern aus.

Zuwendungen:

Nach derzeitigen Schätzungen muss die Stadt Nürnberg ca. 1,2 Mio. € für die Umstellung auf den Digitalfunk aufwenden. FW ist bislang von einer Förderung in Höhe von 40 % ausgegangen. Diese wurde auf 80 % erhöht, insoweit können im MIP die zweckgebunden Erträge entsprechend angepasst werden.

Berücksichtigung der Betriebskosten beim kommunalen Finanzausgleich:

Der Freistaat Bayern wird die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich an den jährlichen Betriebskosten des Digitalfunks „beteiligen“.

Alternative Lösungen:

Die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Berufsfeuerwehren (AGBF) hat über den bayerischen Städtetagspräsidenten und Regensburger Oberbürgermeister, Herrn Schaidinger, erfolglos versucht gegen diese Kostenverteilung zu intervenieren.

Technisch gibt es zum Digitalfunk keine alternativen Lösungen. Deutschland und Albanien sind die einzigen europäischen Länder, die noch analog funken. Daher wird es mittelfristig in Europa auch keinen Anbieter mehr für analoge Funkgeräte bzw. Ersatzteile geben. Des Weiteren muss die Stadt Nürnberg als Betreiber der Integrierten Leitstelle auf Digitalfunk umstellen, um über die notwendige Technik und das entsprechend qualifizierte Personal zu verfügen, da die umliegenden Gebietskörperschaften zeitnah auf den Digitalfunk umstellen werden.

II. Herrn 2. BM Förther

Nürnberg, 17.02.2010
Feuerwehr

gez.

Skrok

(6000)